

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

1.12.1931 (No. 280)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Responsible
for the
editorial
part
and the
State
announcements:
Chief Editor
C. K. M. E. K.
Karlsruhe

Abonnementspreis: Monatlich 2,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig, Samstags 15 Reichspfennig — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Mittelrat des Innern berechnet. Bei Stagerücknahme, zwangsweiser Vertreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Die kommende Notverordnung Veröffentlichung voraussichtlich Anfang nächster Woche

M. Berlin, 1. Dez. (Priv.-Tel.) Voraussichtlich Ende der Woche dürfte die Arbeit der Reichsregierung über die neue Notverordnung zum Abschluss gelangen, so daß die Verordnung selbst dann Anfang nächster Woche veröffentlicht werden wird. Sie gliedert sich in viele Teile; zunächst in den rein fiskalischen, der vermutlich die angekündigte Kürzung der Beamtengehälter und die Steuererhöhungen, namentlich der Umsatzsteuer, bringt. Ein zweiter Teil behandelt die Senkung der Tarife, darunter auch bei der Reichsbahn, die Senkung der Preise, namentlich auf dem Gebiet des Kartellwesens und die Sicherungen, die sonst verlangt werden.

Von anderer Seite wird mitgeteilt: In einem Teil der Presse werden bereits konkrete Angaben über die Maßnahmen gemacht, die in der neuen Notverordnung enthalten sein sollen. So spricht man bereits von einem weiteren Gehaltsabbau bei den Beamten, der in einem Berliner Blatt mit 10 Proz. angegeben wird. Ebenso werden auch für die Umsatzsteuer bereits Zahlen genannt.

Zu alledem wird in Berlin festgestellt, daß die Kabinettsberatungen noch gar nicht abgeschlossen, die Erwägungen vielmehr durchaus noch in vollem Gange sind. Das geht ja auch daraus hervor, daß das Reichskabinett auch Montag abend wieder beisammen gewesen ist. Daß die Fragen der Lohn- und Gehaltsenkung in der neuen Notverordnung eine erhebliche Rolle spielen, ist ja bekannt. Es dürfte auch sicher sein, daß der Gehaltsabbau nicht schon am 1. Dezember, sondern erst am 1. Januar in Kraft gesetzt wird. Im ganzen aber wäre es nach dem Stand der Dinge verfehlt, bereits von fertigen Ergebnissen zu sprechen. Die Reichsregierung will die Notverordnung nach Möglichkeit bis Ende dieser Woche fertigstellen. Es dürfte sich empfehlen, bis dahin auch die näheren Angaben über den Inhalt abzuwarten, der gegenwärtig noch gar nicht in allen Punkten feststeht.

Die kommenden Schuldenverhandlungen

Ein neuer Vermittlungsvorschlag an Hoover
W.D. New York, 1. Dez. (Tel.) „Verbal Tribune“ verbreitet eine Copyright-Meldung aus Paris, wonach einflussreiche Kreise der V3 den Vorschlag in Erwägung ziehen, Hoover aufzufordern, den Vorsitz bei der Konferenz zu übernehmen, die die Annahme und die Ausführung der Vorschläge beraten soll, die vom Youngplan-Komitee wegen der deutschen Zahlungsfähigkeit unterbreitet werden.

Die Rückzahlung der Privatschulden

M. Berlin, 1. Dez. (Priv.-Tel.) In einem Interview, das Reichsbankpräsident Dr. Luther einem amerikanischen Journalisten gegeben hat, geht hervor, daß seit dem Abschluss des Stillhalte-Abkommens über 1 Milliarde kurzfristiger Kredite von deutschen Schuldner zurückbezahlt worden sind. Damit erstarkt sich auch der Devisenabzug bei der Reichsbank. Er hätte einen verhältnismäßig Umfang angenommen, wenn nicht durch die Devisenverordnung im übrigen die Devisen erfasst worden wären. Auch so stellt sich dieses Verhalten der deutschen Schuldner als eine schwere Belastung dar.

Die französischen Kammerwahlen

Br. Paris, 1. Dez. (Priv.-Tel.) Der französische Ministerpräsident Laval hatte, wie aus den Blättern hervorgeht, die Absicht, die Kammerwahlen schon für Februar anzusetzen, um das Ergebnis der Verhandlungen über die Reparationen nicht dem alten Parlament, sondern dem neuen vorlegen zu können. Der Widerstand im Kabinett ist aber so groß gewesen, daß er diesen Gedanken hat fallen lassen, namentlich, weil man ein sehr starkes Anwachsen der Linken befürchtet, was den Nationalisten vom Schlag Maginots nicht angenehm gewesen wäre.

Noch keine Einigung zwischen Berlin und Bern

EM. Berlin, 1. Dez. (Priv.-Tel.) Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen, die in letzter Zeit in Berlin geführt wurden, haben den Blättern zufolge bisher noch nicht zu einer Einigung geführt. Die schweizerische Delegation hatte sich vorgenommen, bis zum 1. Dezember die Verhandlungen zu Ende zu führen, um mit der gegebenen zweimonatigen Frist die neuen Abmachungen Anfang Februar in Kraft treten zu lassen. Nachdem dieser Termin nicht eingehalten werden konnte und auch über die Höhe von Zinsen eine Annäherung noch nicht erzielt worden ist, hat sich der Führer der Delegation, Direktor Studt, gestern nach Bern begeben, um der schweizerischen Regierung zunächst einen Zwischenbericht über den bisherigen Verlauf der Berliner Verhandlungen zu erstatten.

Die Einweihung der Freiburger Kliniken

Ein großer Tag für Freiburg und seine Universität

D3. Freiburg, 1. Dez.

Die Hauptstadt des Breisgaus und des Schwarzwaldes trägt reichen Flaggen Schmuck. Die Alma mater Freiburgensis feiert einen bedeutungsvollen Tag in ihrer ruhmreichen über fast ein halbes Jahrtausend sich erstreckenden Geschichte: Den Tag der Einweihung der ersten (größeren) Hälfte der neuen Universitätskliniken an der Gugsteiner Straße. Der große Lichthof der neuen Medizinischen Klinik und seine Ränge konnten die große Schar der angemeldeten Gäste zur Weihefeier kaum fassen. Im Lichthof hatten auch die Chargierten der akademischen Korporationen Aufstellung genommen und gaben dem feierlichen Bild der Festversammlung die rechte akademische Note.

Die Bedeutung der Feier kam durch die große Zahl prominenter Festgäste zum Ausdruck. Das gesamte Staatsministerium mit dem Staatspräsidenten Dr. Schmitt an der Spitze ist erschienen. Der Badische Landtag ist durch sein Präsidium und eine Anzahl Mitglieder vertreten. Auch die badischen Reichstagsabgeordneten nehmen an der Feier teil. Neben den Vertretern der Stadt und der Universität haben sich auch die Kirchenoberhäupter aller Konfessionen eingefunden; unter ihnen bemerkte man den Erzbischof Dr. Carl Friß und den Weihbischof Dr. Burger. Alle Nachbaruniversitäten haben Abordnungen entsandt, so die Universität in Basel, Heidelberg und Tübingen und die Technische Hochschule Karlsruhe. Von den freiemer badischen Ministern haben sich die Herren Dr. h. c. Kummel, Dr. Sellpach, Dr. Köhler, Dr. Trunt und Dr. Summel eingefunden.

Der ebenso eindrucksvolle wie schlichte akademische Festakt

wurde eingeleitet durch die Serenade in B-Dur für 13 Bläser von Mozart, gespielt von Mitgliedern des städt. Orchesters in Freiburg unter Leitung von Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Garstik.

Altem Brauche getreu übergab der Architekt, Oberregierungsbaurath Adolf Lorenz

bei der Weihe des Hauses seinem Bauherrn den fertigen Bau mit kurzem Bericht. Der Grund- und Leigedante der ganzen Klinikenanlage war der „geschlossene Versorgungsring“. Am tiefsten Gelände wurde die Zentrale für die Versorgung der Kliniken mit Essen, Wäsche, Dampf und Kraft errichtet. Sie bildet einen Punkt in dem geschlossenen Bienenkorb der vier Kliniken, in deren Kellergeschossen zwei horizontale Gänge nebeneinander durch das ganze Klinikum und zur Zentrale wieder zurücklaufen. Der eine Kellergang dient dem Verkehr für Essen und Wäsche mittels Elektrokarren, der andere enthält die Ringleitungen für Heizung, Betriebsdampf, Wasser, Gas und elektrischen Strom. Die Kliniken sind in allen Geschossen untereinander verbunden.

Eine solch geschlossene Anlage bietet erheblichen Windschutz, während die Sonne in den geschützten Höfen und Gärten sich fängt und zurückstrahlt auf die Nachbargärten. Gebaut ist bis jetzt die Medizinische Klinik nebst der Tuberkulose- und Infektionsstation mit insgesamt 288 Krankenbetten, die Chirurgische Klinik mit insgesamt 395 Betten und die Betriebs- und Wirtschaftszentrale, diese allerdings schon im Umfang für die vier Kliniken. Der Ausführender hatten noch die Frauen- und die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik mit zusammen 370 Betten, ferner die Verbindungsbauten für Verwaltung, Radiologisches Forschungsinstitut, Zahnklinik, Apotheke ufw.

Die äußere Erscheinung des Baues wurde in möglicher Schlichtheit aus den technischen Erfordernissen, der Gestalt des Geländes und der Tradition des Stadtbildes entwickelt. Am Schluß gedachte Oberregierungsbaurath Lorenz aller seiner Mitarbeiter, den Unternehmern und nicht zuletzt der Arbeiter, und erinnerte daran, daß das Werk am 4. Oktober 1930 ein Todesopfer gefordert habe; der Maschinenbaumeister Me-gander Freund verunglückte tödlich durch Absturz in einem Aufzugschacht. Dann übergab der Architekt den Schlüssel des Hauses dem Unterrichtsminister.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Baumgartner

führte nun aus:
Herr Staatspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren!
Ich übernehme namens der Klinikgemeinschaft die Schlüssel, und damit die nunmehr fertiggestellten Gebäude der Medizinischen und der Chirurgischen Klinik mit den Zentralen der Wirtschaftszentrale des gesamten Klinikkomplexes.

Für die Universität und die Stadt Freiburg ist es eine geschichtlich bedeutsame Stunde.

die wir heute feiern. Sie veranlaßt mich, einen kurzen Rückblick zu werfen auf die Entwicklungsgeschichte der Freiburger Kliniken und ihre Bedeutung für Universität und Stadt.

Wenn der Fremde die Bahnhofsallee von Freiburg verläßt, so grüßt ihn der majestätische, unergleichen Turm des

Münsters, das sich so wundervoll abhebt vom dunklen Hintergrund des Schloßberges. Dieser über 600 Jahre alte stolze Bau des Münsters ist ein Symbol und ein Ausdruck eines heroischen Opfergeistes und des religiösen Idealismus der einstigen Bürgerschaft der Stadt, die aus eigener Kraft bei einer Einwohnerzahl von nur wenigen Tausenden im Laufe einer langen Periode ein Bauwerk erstellte, das heute immer wieder die Bewunderung der Welt herbortruft.

Dieser gleiche heroische Opfergeist und der gleiche edle, aus tiefer Religiosität quellende Idealismus waren es auch, die so viele Stiftungen geschaffen, für die in ihren Mauern errichtete und über 4½ Jahrhunderte alte Universität, aber auch für die Werke praktischer Menschenliebe, für die Pflege der Alten, der Kranken und Schwachen. So entstanden neben den Universitätsstiftungen die Spitalstiftungen, aus deren Mitteln auch die alten medizinischen Kliniken erbaut und unterhalten worden waren. Schon im Jahre 1767 konnte die Medizinische Fakultät an dem städtischen Hospital ihrer praktischen Forscher- und Lehrtätigkeit ausüben. Allerdings genügte ihr damals die Durchschnittszahl von 26 Kranken in diesem Spital für ihre Zwecke. Doch wuchsen bald die Bedürfnisse und die vorhandene Klinik wurde bald zu klein. So erzielte man aus Stiftungsmitteln in den Jahren 1826 bis 1829, also vor rund 100 Jahren, für die Medizinische Klinik an der Albertstraße einen Neubau, der nach Größe, Anlage und Einrichtung zu jener Zeit vorbildlich war. Damals vor 100 Jahren zählte die gesamte Universität rund 600 Studenten, darunter 140 Mediziner. So reichte die medizinische Klinik mit ihren 130 Betten nicht nur für die Bedürfnisse der Krankenpflege, sondern auch für die Lehr- und Forschungstätigkeit völlig aus.

Mit dem Steigen der Einwohnerzahl der Stadt und dem immer stärker werdenden Zustrom der Studenten, wurde es im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts notwendig, die Klinik zu erweitern und Teilgebiete von Pflege und Forschung abzutrennen. So wurde die Frauenklinik 1867 abgetrennt und in die vom Staat erbaute Anstalt untergebracht. 1875 folgte die Augenklinik und 1887 die Chirurgische Klinik in jeweils besonderen Gebäuden. Trotz der hierdurch ermöglichten Raumvergrößerung mußten doch bald für die Medizinische Klinik neue Räume geschaffen werden durch Umbau und Aufbauten. Ferner mußten für die Zwecke der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik, sowie für die orthopädische Abteilung Privathäuser erworben werden.

Freiburgs Name als eine der schönsten Städte Deutschlands und der Ruf seiner Universität und der an ihr wirkenden Lehrkräfte zogen immer mehr Studenten nach Freiburg. Die klinischen Häuser waren überfüllt mit Kranken, die Heilung suchten, aus weiten angrenzenden Landschaften unseres Landes.

Das Problem einer gründlichen Aenderung und eines völligen Neubaus

wurde immer brennender. Im Jahre 1912 beschloß man den Neubau, und zwar wurde in einem Vertrag zwischen der Stadt und dem Staat vereinbart, daß die Medizinische, die Chirurgische, die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik und die Kinderklinik durch den Staat und die Krankenhausstiftung gemeinsam neu erbaut werden sollten. Im Jahre 1914 sollte mit dem Bau begonnen werden. Der Weltkrieg zerschlug alle diese Pläne und Bauabsichten.

Durch das Freiwerden des Garnisonlazarett nach Kriegsende war die Verlegung der Hautklinik in dieses Gebäude ermöglicht worden. Für die Kinderklinik konnte im Jahre 1927 ein Anbau und ein Neubau erstellt werden, für deren Einrichtung die Quätereinigung 20 000 Dollar gestiftet hatte. Kriegsfolgen und Inflation hatten einen großen Teil der Stiftungsmittel der Krankenhausstiftungen vernichtet. Darum war eine Neuregelung der geschlossenen Verträge zwischen Staat und Stadt notwendig. Auf Grund dieser Neuregelung wurden sämtliche Kliniken zu gemeinsamem Betrieb vereinigt, unter staatlicher Oberleitung, wobei der Staat drei Fünftel, die Stadt zwei Fünftel der Bau- und Betriebskosten aufzubringen hatten.

Nachdem entsprechend der Regierungsvorlage der Badische Landtag und gemäß dem Vertrag auch der Stadtrat und Bürgerausschuß der Stadt Freiburg grundsätzlich dem Neubau des gesamten Klinikkomplexes zugestimmt und in den Voranschlägen eine erste Rate für Baustoff und ersten Bauabschnitt bewilligt hatten, konnte am 6. November 1926 die Grundsteinlegung zu den neuen Kliniken erfolgen. — Ich habe damals in meiner damaligen Eigenschaft als Präsident des Badischen Landtages bei den Hammeranschlägen den Einspruch geprägt:

„Dem Forscher sei's die Stätt' der Lehr'
Und geb' dem Arzt gen Tod die Wehr,
Und bring dem Volk allzeit das Geil.“

Ich habe damit den dreifachen Zweck der Bauten

gekennzeichnet wollen: Sie sollen dienen als Heilstätte für die Kranken, als Lehr- und Lernstätte für die künftigen Ärzte und als Stätte der Forschung für die Lehrenden zum Segen für die leidende Menschheit.

Der von mir gekennzeichnete dreifache Zweck ist erreicht. In vornehmer Schlichtheit des Stiles, in schöner Harmonie der Wiederholung, in ansprechender Form der Gestaltung sind die Bauten eine vorbildliche Heilstätte für die Leidenden und Genesenden, umflutet von der Leben und Gesundheit spendenden Sonne, dem Kranken den Blick lenkend auf das Grüne der Nasen und in die Ferne zum herrlichen Münster und zu den dunklen Wäldern der Schwarzwaldberge. Die Zimmer

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 47

Bezug: Erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 80 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14, bezogen werden

1. Dezember 1931

Gemeindefolgebefolgsordnung

Die gleichzeitig mit der badischen Haushaltsnotverordnung vom Staatsministerium herausgegebenen Richtlinien für die Befolgung der Bürgermeister, der besoldeten Gemeinderäte und sonstigen besoldeten Organe, der Beamten der Gemeinden usw., enthalten auch einen Befolgsplan, der für die Einreihung in die einzelnen Befolgsgruppen mit den dabei vorgesehenen Bezügen maßgebend sein soll.

Für die Gemeinden bis zu 6000 Einwohnern gilt hiernach folgende Eingruppierung:

Bürgermeister:		Gruppe	Grundgehalt
in Stadtgemeinden mit 4001 bis zu 6000 Einw.		2c	(4800—8400)
" " " 3001 " " 4000 "		2d	(4800—7500)
" " " 2001 " " 3000 "		und	
" Landgemeinden " 4001 " " 6000 "		3b	(4800—7000)
" " " 3001 " " 4000 "		4a	(4100—5800)
" " " 2001 " " 3000 "		4b	(2800—5000)
" " " 1501 " " 2000 "		4c	(2800—4200)
" " " in besonderen Fällen mit 1001 bis zu 2000 "		5a	(2800—4200)
" " " " 501 " " 1000 "		6	(2400—3600)
" " " " weniger als 500 "		8	(2000—2700)
Ratsherr und Rechnung:			
in Stadtgemeinden mit 4001 bis zu 10000 Einw.		4a	(4100—5800)
" " " 2501 " " 4000 "		4b	(2800—5000)
" " " 1501 " " 2500 "		4c	(2800—4200)
" " " (Rechner nur, wenn sie das ganze Rechnungswesen einschl. Rechnungsstellung besorgen) mit 1001 bis zu 1500 Einw.		6	(2400—3600)
" " " (Bei Rechnern Voraussetzung, daß sie das ganze Rechnungswesen besorgen) mit 501 bis zu 1000 Einw.		8	(2000—2700)
" " " " 500 "		9	(1700—2600)
Gemeindepolizeikommissäre			
		5b	(2300—4200)
Polizeibewachtmann berufsmäßig ausgebildet		7a	(2350—3500)
Polizeihauptwachtmann		7b	(2000—3000)
Polizeiwachtmann		8	(2000—2700)
Polizeiwachtmann nicht		10a	(1600—2400)
Führer		7a	(2350—3500)
Führer		8	(2000—2700)
Forstwart (Waldhüter)		10a	(1600—2400)
Forstwart		11a	(1500—2200)
Feldhüter		10a	(1600—2400)
Feldhüter		11a	(1500—2200)

Gesamtvorstandssitzung des Deutschen Beamtenbundes

Die am 12. November d. J. stattgehabte Sitzung des Gesamtvorstandes des DBB. beschäftigte sich unter anderem auch mit Organisationsfragen, wobei Einmütigkeit darüber herrschte, daß die gegenwärtige Zeit für Experimente auf organisatorischem Gebiet durchaus ungeeignet ist.

Zur Besprechung über die allgemeine Lage erstatteten Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Müller und Bundesdirektor Leuz Referate. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß man vom Wirtschaftsbeirat nicht allzuviel erhoffen solle; es wurde darüber klargestellt, daß die Reichsregierung nicht zu bewegen war, Vertreter der Beamtenschaft in den Wirtschaftsausschuss zu berufen, obwohl die gesamte Beamtenschaft an den Verhandlungen dieser Körperschaften in hohem Maße interessiert ist.

Des Weiteren wurde ausgeprochen, es könne die Notverordnungsmaschine nicht weiter so wie bisher gehandhabt werden, und insbesondere gegen die das Rechtsgefühl und soziale Empfinden verletzenden Maßnahmen, auch gegen die völlige Systemlosigkeit Stellung genommen. Die folgende, von der Saule 1 eingebrachte Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Der Gesamtvorstand hat Kenntnis genommen von dem Bericht über die Abwehrmaßnahmen des DBB. gegenüber den Notverordnungen. Er billigt die getroffenen Maßnahmen und fordert Bundesleitung und Geschäftsführenden Vorstand auf, alles zu tun, um die grundsätzliche Einheitlichkeit im Befolgsystem und die Schaffung einer gesicherten, von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehenden Rechtsgrundlage für alle Beamten zu erreichen.“

Tagung des Hauptvorstandes des Badischen Beamtenbundes

Vom Badischen Beamtenbund wird mitgeteilt, daß in einer am 29. November in Karlsruhe abgehaltenen, von Vertretern aus allen Teilen des Landes besuchten Tagung die derzeitige beamtenpolitische Lage eingehend besprochen wurde. In der Aussprache wendete man sich dagegen, daß während die Reichsbeamten eine Gehaltskürzung von 12 bis 15 Prozent erleiden müssen, man die badischen Beamten mit einer Kürzung von 17 bis 32 Prozent bedacht und ihnen dazu noch verschiedene Rechtsverletzungen auferlegt habe. Der Hauptvorstand hat, gestützt auf die vom Herrn badischen Finanzminister am 25. September 1931 im Landtag abgegebene Erklärung, daß er eine differenzierte Behandlung der Reichs- und Landesbeamten für unzulässig betrachte, sofortige Befreiung der

gegen die badischen Beamten getroffenen Sondermaßnahmen gefordert.

Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gesagt wird, daß bei den Sparmaßnahmen in den Ländern verfassungsmäßig und gesetzlich fundierte Rechtsgrundsätze des Berufsbeamtentums übertragen seien. Mit besonderer Härte seien die badischen Beamten betroffen. Durch die Unterschiedlichkeit der Länderverordnungen sei die Abereinigung und die Einheitlichkeit des Befolgsaufbaues in Reich, Ländern und Gemeinden zerstört. Außer den Beamtennachwuchs treffen die Maßnahmen auch Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene durch die Herabsetzung des Höchstpensionsalters von 80 v. H. auf 75 v. H. und die Ermäßigung des Vorrückensalters von 2 auf 1 Prozent bereits vom 20. Dienstjahr, anstatt vom 25. Dienstjahr an, die rechtlich besonders schweren Bedenken unterliegen.

Der Hauptvorstand weist in tiefer Besorgnis auf die rechtliche und wirtschaftliche Unsicherheit innerhalb des Berufsbeamtentums hin, die durch die in den Notverordnungen eingeschlagene Politik immer schärfer und gefahrdrohender hervortritt. Er erhebt nicht nur in Wahrung der Grundlagen des Berufsbeamtentums, sondern auch im Hinblick auf das Gesamtwohl des Volkes und des Staates schärfsten Einspruch, da den Beamten jede Gewißheit über ihre künftige wirtschaftliche und rechtliche Zukunft genommen werde. Der Hauptvorstand fordert Befreiung der ungerechten und unsozialen Sparmaßnahmen. Er hält nach wie vor die Wiederherstellung grundsätzlicher Einheitlichkeit im Befolgsystem und die Schaffung einer gesicherten, von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehenden Rechtsgrundlage für alle Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden für eine zwingende Notwendigkeit.

Die Reichsdienststrafordnung vom Reichsrat verabschiedet

Der Berichterstatter wies auf die doppelte Aufgabe der Dienststrafordnung hin, die sie zu erfüllen habe: einerseits der Verwaltung die nötigen Nachmittel zur Wahrung der Dienstzucht und zur Erhaltung eines gesunden Beamtenstandes an die Hand zu geben, andererseits dem Beamten vollen Schutz gegen Willkür und volle Sicherheit dafür zu gewähren, daß er nur, wenn er wirklich schuldig ist und die ihm gebührende Strafe erleide.

Eine gründliche Prüfung des Entwurfs habe ergeben, daß die Vorschriften dem zweiten Zweck auf Berücksichtigung aller berechtigten neuzeitlichen Forderungen vollauf genügen, daß dagegen der erste Zweck, das Interesse der Verwaltung, nicht ganz zu seinem Recht gekommen sei. Es seien deshalb eine Reihe von Änderungen beschlossen worden, durch die aber der Reichsdienststrafordnung der Beamten keineswegs verkannt wurde.

Danksagung

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme
anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes

Landeskommissär Geh. Regierungsrat

Dr. Hans Martin Hartmann

für die tröstenden und ehrenden Worte bei der Bestattung und
die reichen Blumenspenden spreche ich meinen innigen Dank aus.

Konstanz, den 30. November 1931. L.592

Frau Elisabeth Hartmann geb. Breitwieser.

Neueinteilung von Grundstücken im Gewann „Grund“ der Gemarkung Ostersheim.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 17. Nov. 1931 Nr. 12 625 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lsg. Nr. 787, 789, 794, 745, 792, 832, 760, 741, 741, 742, 742, 788, 777, 778, 779 der Gemarkung Ostersheim verpflichtet sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gewann „Grund“ der Gemarkung Ostersheim nach Maßgabe des Planes des Gemeinderats Ostersheim vom 17. Juni 1930 teilzunehmen.

Karlsruhe, den 24. November 1931. A.723

J. A.: J m h o f f.

Wir werben für Sie!

Möbel

komplette Zimmereinrichtungen und einzelne Stücke, die neuesten Modelle, prachtvolle Formen

Qualitätsware
liefern
sehr billig

Karl Thome & Cie.

Möbelhaus
Karlsruhe, Herrenstr. 23
gegenüber der Reichsbank

Glänzende Anerkennungen

Riesig große Auswahl

Besichtigung frei!

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 2. Dez. 1931

* A 11 (Mittwochnachts)
Th.-Gem. 201—300

Im weißen Röhl

Singspiel v. Ralph Benatzky

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Herz

Nitwirkende:
Blanz, Genter, Janz, Seiberlich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmede, J. Gröbinger, Göder, Hopf, Kalnbach, Kloebe, Luther, Rehner, R. Müller, Brüder, Hölzer, G. Gröbinger

Doppelte Rückvergütung auf sämtl. Schuhwaren

in der Zeit vom **1. bis einschl. 24. Dezember**
findet in unserem

Schuhwarenladen, Herrenstraße 14

ein

Weihnachts-Verkauf

statt. Es liegt daher in Ihrem eigenen Interesse, von dieser günstigen Gelegenheit recht regen Gebrauch zu machen.

Abgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

EINTRACHT

Donnerstag, **3. Dez., 20 Uhr**
Öffentlicher Vortrag über

Faschismus und Bolschewismus

gehalten von

Prof. Dr. J. Stepanow aus Rom
(ehem. Dozent f. Geschichte a.d. Moskauer Universität)

Karten zu 1.—, 1,50 u. 2.— bei
Bielefeld am Marktplatz und bei

KURT NEUFELDT
Waldstraße 81

LEIPHEIMER & MENDE STOFFE

sind die praktischsten und billigsten Geschenke.
Unser Weihnachts-Verkauf bietet Ihnen die größten Vorteile, die Preise sind unerhört billig!

Herren- und Damenstoffe, Wäsche- und Haushaltstoffe